

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen** der Stadt Burgdorf am **07.12.2015** Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1

17.WP/WuF/034

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:01 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:01 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:04 Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Weinel, Olaf

stellv. Vorsitzender

Plaß, Barthold

Mitglied/Mitglieder

Apel, Robert
Braun, Hartmut
Brönnemann, Alfred
Ehrhardt, Hans-Joachim
Hinz, Gerald
Pilgrim, Adolf-W.
Schulz, Kurt-Ulrich

Beratende/s Mitglied/er

Rainer, Joachim-Roland
Waldeck, Jürgen

Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Verwaltung

Gawert, Ulrike
Hammermeister, Lars
Kugel, Michael
Philipps, Lutz
Scholz, André
Vierke, Silke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen am 09.11.2015 und 23.11.2015

3. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 3.1. Mitteilung - Mehrstunden
Vorlage: 2015 0984
4. Außerplanmäßige Auszahlung für die Beschaffung von Mobilheimen zur Unterbringung von Asylbewerbern / Flüchtlingen
Vorlage: 2015 1005
5. Jahresabschluss zum 31.12.2011
Vorlage: 2015 0997
6. Änderung der Entwässerungsabgabensatzung
Vorlage: 2015 1003
7. Kooperationsprojekt 'Nachbarschaftstreff' im Ostlandring;
Antrag auf Finanzierung der Personalstelle für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: 2015 0967
8. Ermittlung Raumbedarf Gymnasium Burgdorf - Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 04.12.2015 -
Vorlage: 2015 1008
9. Entwurf Stellenplan 2016
Vorlage: 2015 0964
 - 9.1. Entwurf Stellenplan 2016
Vorlage: 2015 0964/3
10. Entwurf Haushaltssatzung 2016
Vorlage: 2015 0962
 - 10.1. Entwurf Haushaltssatzung 2016 - 2. Änderungsliste
Vorlage: 2015 0962/2
11. Entwurf Investitionsprogramm 2016
Vorlage: 2015 0963
12. Haushaltssicherungskonzept 2016
Vorlage: 2015 0991
13. Anfragen laut Geschäftsordnung
14. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Weinel eröffnete um 17.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er wies darauf hin, dass die Tagesordnung um den TOP 4 - Vorlage 2015 1005 sowie den TOP 8 – Vorlage 2015 1008 – ergänzt werden müsse.

Mit diesen Änderungen wurde die Tagesordnung in der diesem Protokoll vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen am 09.11.2015 und 23.11.2015

Das Protokoll über die Sitzung vom 09.11.2015 wurde einstimmig genehmigt.

Zum Protokoll über die Sitzung vom 23.11.2015 bat **Herr Pilgrim** um folgende Ergänzung zu

TOP 4 ‚Friedhofsgebührenkalkulation 2016 – 2018 / Neukalkulation
Vorlage: 2015 0943‘:

***Herr Pilgrim** regte an zu prüfen, ob in den pflegeleichteren und kostengünstigeren Gemeinschaftsanlagen auch Sargbestattungen zugelassen werden können. Er sei schon mehrfach mit diesem Wunsch konfrontiert worden.*

Mit dieser Ergänzung wurde das Protokoll über die Sitzung vom 23.11.2015 einstimmig genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Philipps teilte mit, dass bis einschl. 02.12. d.J. für Liquiditätskredite 1.031,00 € Zinsen gezahlt wurden. Insgesamt konnten bis zu diesem Zeitpunkt Guthabenzinsen für Festgelder in Höhe 9.302,00 € erzielt werden.

3.1. Mitteilung - Mehrstunden Vorlage: 2015 0984

Herr Apel erkundigte sich, warum beim Fachbereich 2 lediglich die Mehrstunden von den Abteilungen 20, 21 und 25 aufgeführt und ob in den Abteilungen 11 und 32 keine Mehrstunden angefallen seien.

Anmerkung über Protokoll:

Wie in der Vorlage auf Seite 2, Abs. 2 bereits angemerkt, wird lediglich zu den Mehrstunden, denen eine besondere Aufmerksamkeit zukommt, weil diese über der Grenze des 1,5fachen der persönlichen Wochenarbeitszeit liegen, Stellung genommen (Regelung in der Dienstanweisung über die Arbeitszeit). Von daher sind auch im Fachbereich 1 die Abt. 10, 33, 51.2 und 51.3, im Fachbereich 3.1 die Abt. 60, 61 und 63 sowie im Fachbereich 3.2 die Abt. 39 und 66.1 nicht in der Vorlage aufgeführt.

Herr Hinz fragte nach, ob durch die Schaffung neuer Stellen sowie das Treffen organisatorischer Maßnahmen bereits ein Abbau von Mehrstunden zu verzeichnen sei.

Hierzu erklärte **Herr Baxmann**, dass darüber noch keine Erkenntnisse vorliegen, aber aufgrund neuer Aufgaben vermutlich eine Steigerung der Mehrstunden wahrscheinlich sei.

Herr Apel führte aus, dass ja im Stellenplan 2016 personelle Verstärkung für Abt. 25 vorgesehen sei und erkundigte sich, ob der Gesamtaufwand von Projekten trotz externer Planer und erforderlicher Zuarbeit durch städtisches Personal wirtschaftlich ermittelt worden sei.

Dazu erklärte **Herr Philipps**, dass durch Herrn Kauter in Abt. 25 eine Organisationsuntersuchung vorgenommen werden sollte, aber durch die momentane starke Beanspruchung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation die entsprechende Befragung zur Zeit ausgesetzt sei.

Die Vorlage wurde vom Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zur Kenntnis genommen.

4. Außerplanmäßige Auszahlung für die Beschaffung von Mobilheimen zur Unterbringung von Asylbewerbern / Flüchtlingen
Vorlage: 2015 1005

Herr Braun erkundigte sich, ob bereits ein Standort für die Aufstellung der Mobilheime feststehe.

Dieses wurde von **Herrn Kugel** bejaht; allerdings solle erst eine Einwohnerversammlung stattfinden, bevor der Standort öffentlich bekannt gegeben werde.

Zu der Anmerkung von **Herrn Schulz**, für eine vorübergehende Maßnahme einen so hohen Betrag zu finanzieren, erklärte **Herr Kugel**, dass hier pro Platz mit einer Summe von 10.000 € gerechnet worden sei. Die erforderlichen Finanzmittel würden durch die Region Hannover durch Mietzahlungen refinanziert werden. Außerdem könnten die Mobilheime bei Bedarf an anderer Stelle wieder aufgebaut werden.

Herr Plaß erkundigte sich, ob für diese Investition Fördermittel gezahlt würden. Hierzu erklärte **Herr Philipps**, dass es von der KfW zinslose Darlehen geben würde.

Anschließend fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen einstimmig folgende **Beschlussvorschläge**:

- 1. Für das Projekt „Kauf von Mobilheimen zur Flüchtlingsunterbringung“ wird die Zuständigkeit für Auftragsvergaben über 150.000 € netto vom Verwaltungsausschuss auf den Bürgermeister gemäß § 76 Abs. 5 NKomVG übertragen. Die Delegation bezieht sich allein auf das vorgenannte Projekt und ist zeitlich nicht befristet.**
- 2. Der Rat stimmt gem. § 117 Abs. 1 NKomVG i.V.m. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG der Leistung einer außerplanmäßigen Auszahlung Höhe von 900.000,00 € bei dem Produktkonto 31550.787100 (Kauf von Mobilheimen für Flüchtlingsunterbringung) zu.**

5. Jahresabschluss zum 31.12.2011
Vorlage: 2015 0997

Herr Hammermeister fasste die wesentlichen Zahlen zum Jahresabschluss 2011 aus der

Vorlage zusammen und erläuterte bei den einzelnen Positionen die entsprechenden Abweichungen.

Herr Pilgrim erkundigte sich, was sich hinter den hohen Wertberichtigungen bei den Forderungen aus Transferleistungen, öffentlich-rechtlichen und sonstigen privatrechtlichen Forderungen verbirgt.

Antwort über Protokoll:

Zu den Forderungen aus Transferleistungen gehören u. a. auch Forderungen aus dem Sozialhilfereich (Sozialhilfedarlehen für Mietsicherheit und Stromrückstände, Erstattung HLU etc.). In diesem Bereich ergeben sich die Wertberichtigungen.

Bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen handelt es sich überwiegend um Gewerbesteuer-schulden, welche durch das Finanzamt von der Vollziehung ausgesetzt wurden und dann wertberichtigt werden müssten. Die Forderung als solche ginge dabei nicht verloren, sie hat lediglich bilanzielle Auswirkungen.

Unter den sonstigen privatrechtlichen Forderungen sind u. a. die Erstattung der WBB (295 T€) und die Konzessionsabgaben der SWB (260 T€) gebucht. Die Wertberichtigung betrifft die offene Forderung aus einem ehemaligen Wohnungsbaudarlehen (Insolvenz).

Weiterhin fragte **Herr Pilgrim** nach, ob durch die Ansiedlung der Betriebe im Gewerbegebiet Nordwest mit höheren Gewerbesteuereinnahmen zu rechnen sei.

Herr Philipps erklärte, dass die Gewerbesteuererträge in den letzten Jahren bereits gestiegen seien. Eine Prognose, mit welchen Steuern für das Gewerbegebiet Nordwest zu rechnen sei, könne aber nicht abgegeben werden, da auch nicht bekannt sei, in welcher Höhe die Betriebe Investitionen getätigt hätten, die sich steuermindernd auswirken.

Im Vergleich mit anderen Kommunen – so **Herr Baxmann** – haben sich die Gewerbesteuereinnahmen in den letzten Jahren schon erheblich verbessert. Mit ihrer Steuerkraft pro Einwohner liege die Stadt Burgdorf aber im Vergleich zu den Regionalkommunen im unteren Drittel.

Herr Philipps ergänzte das dahingehend, dass die aktuellen, für die Einkommensteuerberechnung maßgeblichen Schlüsselzahlen auf der Grundlage der Bundesstatistik für das Jahr 2010 festgesetzt seien.

Herr Pilgrim erklärte, dass ihn die Beanstandung des RPA zum Jahresabschluss schon irritiert habe. Das lasse aber den Schluss zu, dass in dem Bereich der Jugendhäuser zu wenig Personal eingesetzt sei.

Herr Kugel erläuterte, dass die Stellenbesetzung zwischenzeitlich angeschoben sei. ½ Stelle sei für das JohnnyB. vorgesehen, die andere ½ Stelle zur Vertretung in den anderen Jugendhäusern.

Herr Hinz bat das RPA, dem Ausschuss halbjährlich einen Bericht abzustatten, ob sich die Situation hinsichtlich der Abrechnungen gebessert habe.

Herr Weinel dankte der Verwaltung für die Durchführung der Veranstaltung zum Jahresabschluss mit Herrn Prof. Dr. Goldbach. Er bedauerte es aber sehr, dass kein Ausschussmitglied der CDU bei der Veranstaltung anwesend war.

Hierzu erklärte **Herr Apel**, dass die CDU irritiert war, dass ein externer Berater bemüht wurde, Erklärungen zum Jahresabschluss abzugeben. Das sehe er als Zeichen von Schwäche an.

Herr Baxmann betonte, dass die Veranstaltung als Info- bzw. Schulungsveranstaltung

für die Ratsmitglieder gedacht war, um so einen besseren Einblick in die doppischen Jahresabschlüsse von Kommunalverwaltungen zu bekommen.

Anschließend fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen jeweils bei 6 Jastimmen und 3 Enthaltungen folgende

Beschlussvorschläge:

Der Rat nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 der Stadt Burgdorf zur Kenntnis und fasst folgende Beschlüsse:

- 1. Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) den Jahresabschluss des Jahres 2011.** Mit dem Beschluss über den Jahresabschluss stimmt er gleichzeitig den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2011, die über 10.000 € liegen und die bisher nicht nach § 58 Abs. 1 Ziff. 9 u. § 117 Abs. 1 NKomVG genehmigt worden sind, nachträglich zu. Darüber hinaus nimmt er die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2011 bis 10.000 € (bei denen die Zuständigkeit gem. § 117 NKomVG i. V. m. § 6 der Haushaltssatzung 2011 beim Bürgermeister lag) zur Kenntnis.
- 2. Der Rat beschließt den Überschuss der außerordentlichen Erträge über die außerordentlichen Aufwendungen im Ergebnishaushalt 2011 (2.536.601,01 €) zur anteiligen Deckung des Fehlbetrags des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von -3.676.043,43 € zu verwenden.**
- 3. Der Rat erteilt dem Bürgermeister gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 129 Abs. 1 NKomVG für das Haushaltsjahr 2011 die Entlastung.**

**6. Änderung der Entwässerungsabgabensatzung
Vorlage: 2015 1003**

Ohne Aussprache fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt, die 18. Satzung zur Änderung der Entwässerungsabgabensatzung vom 07.07.1994 in der sich aus der Anlage der Vorlage Nr. 2015 1003 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage beigefügten) Fassung zu erlassen.

**7. Kooperationsprojekt 'Nachbarschaftstreff' im Ostlandring;
Antrag auf Finanzierung der Personalstelle für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: 2015 0967**

Herr Kugel erklärte, dass vom Kinderschutzbund noch ein Antrag zur Übernahme der Telefonkosten sowie Anschaffung eines PC-Arbeitsplatzes eingegangen sei. Die hierfür erforderlichen Mittel werden in die 3. Änderungsliste zum Haushalt 2016 aufgenommen.

Die hier in dem Antrag aufgeführten Personalkosten seien bereits in dem Haushaltsplanentwurf 2016 berücksichtigt.

Der Antrag wurde vom Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zur Kenntnis genommen.

8. Ermittlung Raumbedarf Gymnasium Burgdorf - Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 04.12.2015 - Vorlage: 2015 1008

Herr Hinz erläuterte den Antrag der SPD-Fraktion und bat darum, Planungskosten im Haushalt 2016 einzustellen.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass erst einmal die Schülerentwicklung im nächsten Jahr abgewartet werden sollte, bevor hier Mittel im Haushalt veranschlagt werden. Der konkrete Bedarf sollte nach Ablauf des nächsten Schuljahres ermittelt werden, um dann entsprechende Planungen vornehmen zu können.

Auch **Herr Schulz** sah die große Eile nicht und bat darum, die Rückführerquote vom Gymnasium zur IGS abzuwarten.

Die Ausschussmitglieder einigten sich darauf, einen Betrag von 50.000,00 € als Vorplanungskosten in die nächste Änderungsliste für den Verwaltungsausschuss aufzunehmen.

**9. Entwurf Stellenplan 2016
Vorlage: 2015 0964**

Finanz. Auswirkungen in Euro	Produktkonto	ErgHH	FinHH
Einmalige Kosten: €		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Laufende Kosten: €		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		

Beschlussvorschlag:

Als Bestandteil des Haushaltsplans 2016 wird der dem Originalprotokoll als Anlage beigefügte Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 beschlossen.

**9.1. Entwurf Stellenplan 2016
Vorlage: 2015 0964/3**

Frau Vierke wies darauf hin, dass die Anlage 1 zum Stellenplan überarbeitet wurde und die dort jetzt ausgewiesenen Personalkostenansätze für 2016 mit den im Pool aufgeführten Zahlen übereinstimmen.

Herr Plaß erkundigte sich, ob es eine rechtliche Grundlage für die Befristung der im Stellenplan vorgesehenen 7,5 Stellen für Sozialarbeiter gebe.

Hierzu erklärte **Herr Kugel**, dass im Stellenplan ein entsprechender Vermerk angebracht werde. Beim Abschluss der Arbeitsverträge werde die Verwaltung die personalrechtlichen Vorgaben zu befristeten Arbeitsverhältnissen entsprechend beachten.

Zu den im Stellenplanentwurf vorgesehenen Beförderungssämtern erklärte **Frau Vierke**, dass die Stellen noch bewertet und der Bewertungskommission sowie der Kommunalaufsicht vorgelegt werden müssten. Eine Beförderung komme nur zum Tragen, wenn die Stellenbewertung entsprechend ausfalle.

Herr Plaß erklärte für die CDU-Fraktion, dass diese dem Stellenplan nicht zustimmen werde, da bisher immer noch nicht die geforderte Stellenanalyse vorliege.

Anschließend fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen mit 6 Ja- und 3 Neinstimmen folgenden

Beschlussvorschlag:

Als Bestandteil des Haushaltsplans 2016 wird der dem Originalprotokoll als Anlage beigefügte Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 beschlossen.

**10. Entwurf Haushaltssatzung 2016
Vorlage: 2015 0962**

**10.1. Entwurf Haushaltssatzung 2016 - 2. Änderungsliste
Vorlage: 2015 0962/2**

Herr Schulz erkundigte sich, warum bisher für den Neubau einer Sporthalle keine Planungskosten eingestellt wurden.

Hierzu erklärte **Herr Baxmann**, dass die Gudrun-Pausewang Grundschule sicherlich noch 3 – 4 Jahre stehen bleiben werde, von daher könne auch die Sporthalle so lange genutzt werden.

Auf Anregung von **Herrn Schulz** war sich der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen einig, dann auch die im Investitionsprogramm eingestellten Abrisskosten von 600.000,00 € vorerst zu streichen.

Herr Hinz erkundigte sich, ob der im Haushalt veranschlagte Betrag für die Absturzsicherung Edental tatsächlich notwendig sei.

Antwort über Protokoll:

Nach Auskunft der Fachabteilung ist es zwingend notwendig, hier eine neue Absturzsicherung zu errichten. Der jetzige Zaun ist bereits vollständig abgängig und wurde im laufenden Jahr nur notdürftig instandgesetzt.

Herr Apel bat um Erläuterung zu Ziff. 22 und 23 auf S. 2 der Änderungsliste.

Die Erhöhung dieser Ansätze – so **Frau Vierke** – stehe im Zusammenhang mit der Anmietung von Büroräumen für Verwaltungsmitarbeiter (s. auch Ziff. 28). Es sei beabsichtigt, Büroräume in der Marktstraße anzumieten und eine Abteilung aus dem Rathaus I umzusiedeln.

Herr Kugel ergänzte die Ausführungen dahingehend, dass bei Nutzbarmachung von 7 Räumen im Rathaus I eine Investitionssumme von weit mehr als 400.000 € veranschlagt werden müsste.

Herr Braun bat um Auskunft, wie realistisch es sei, dass der geplante Anbau an die Astrid-Lindgren Grundschule im Jahr 2016 auch ausgeführt werde.

Hierzu erklärte **Herr Philipps**, dass eine Aussage zur Umsetzung zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden könne. Dies hänge auch mit der Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Fachabteilung aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation zusammen.

Nach kurzen weiteren Erläuterungen zur Änderungsliste fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen mit 6 Ja- und 3 Neinstimmen folgenden

Beschlussvorschlag:

Die der Vorlage 2015 0962/2 als Anlage beigefügte 2. Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2016 wird zur Kenntnis genommen.

11. Entwurf Investitionsprogramm 2016 Vorlage: 2015 0963

Herr Apel beantragte, die Investitionskosten für die IGS ab dem Jahr 2017 anteilig im Investitionsprogramm zu verteilen.

Hierzu erläuterte **Herr Baxmann**, dass demnächst ein Gespräch mit den Planern über den tatsächlichen Bedarf der IGS stattfinden würde.

Mit den bereitgestellten Planungskosten – so **Herr Philipps** – solle erst einmal der Gesamtbedarf ermittelt werden. Nach Vorliegen konkreter Zahlen könnten diese dann im nächsten Investitionsprogramm veranschlagt werden.

Herr Weinel ließ über den Antrag von Herrn Apel, die Investitionssumme von 15 Mio. € im Finanzplanungszeitraum ab 2017 zu verteilen, abstimmen.

Mit 3 Ja- und 6 Neinstimmen wurde dieser Antrag abgelehnt.

Zur Frage von **Herrn Apel**, wie der Betrag von 12.550.000 € für den Bau von Asylbewerberunterkünften ermittelt wurde und warum dieser Ansatz erst so spät in die Haushaltsplanberatungen einfließe, erläuterte **Herr Philipps**, dass diesem Betrag die Annahme zu Grunde liege, dass 1.000 Flüchtlinge unterzubringen und 12.500 € pro Platz aufzubringen sein werden.

Zur Frage der späten Aufnahme in die Änderungsliste wies **Herr Kugel** darauf hin, dass die Aufnahmezahlen ständig steigen und die Verwaltung durch Bildung dieses Ansatzes in die Lage versetzt werden solle, kurzfristig auf die sich ergebenden Veränderungen zu reagieren.

Mit 6 Ja- und 3 Neinstimmen empfahl der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen dem Rat, das mit der Vorlage 2015 0963 vorgelegte Investitionsprogramm mit den in der 2. Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2016 aufgeführten Änderungen zu beschließen.

12. Haushaltssicherungskonzept 2016
Vorlage: 2015 0991

Ohne Aussprache fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen mit 6 Ja- und 3 Neinstimmen folgenden

Beschlussvorschlag:

Gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG wird das dem Originalprotokoll als Anlage beigefügte

Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2016

in der Form, wie es sich unter Berücksichtigung der Beschlussfassung des Rates zur Haushaltssatzung 2016 ergibt, beschlossen.

13. Anfragen laut Geschäftsordnung

K e i n e

14. Anregungen an die Verwaltung

K e i n e

Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner anwesend.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer